

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

## Wochen- und Nachrichtenblatt

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Köditz, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau u. Mülsen.  
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

Nr. 96. 51. Jahrgang. Freitag, den 26. April 1901.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfennige. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 179, alle Kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die vierspaltige Korpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr. Im „Amtlichen Teil“ wird die zweispaltige Zeile oder deren Raum mit 30 Pfennigen berechnet. Für auswärtige Inserenten kostet die 4spaltige Zeile 15 Pfennig.

### Bekanntmachung.

Diejenigen, welche noch mit Schulgeld im Rückstand stehen, werden hiermit aufgefordert, dasselbe bis  
**Sonnabend, den 27. dieses Monats,**

anher zu entrichten, widrigenfalls unnachlässig ohne weitere Mahnung die exekutive Beitreibung erfolgt.

Hohndorf, den 22. April 1901.  
Der Gemeindevorstand.  
Schaufuß.

### Der Zweibund.

Herr Delcassé, der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs, ist am Montag zu dem angekündigten politischen Besuch in der russischen Hauptstadt eingetroffen. Das Geheimnis, mit welchem diese Petersburger Reise des genannten maßgebenden französischen Staatsmannes bis fast unmittelbar vor ihrer Ausführung sorgfältig umgeben wurde, scheint mit die Ursache gewesen zu sein, daß über den Zweck der diplomatischen Mission Delcassé's an der Newa sowohl in Frankreich selbst wie auch im Auslande die verschiedensten Vermutungen laut geworden sind. Dieselben haben indessen schon durch eine offiziöse Note im Pariser „Figaro“ ihre Richtigstellung in ganz plausibler klingender Weise dahin erfahren, daß das Erscheinen Delcassé's in Petersburg durch die unsichere allgemeine politische Lage bedingt worden sei, welche eine nähere Verständigung zwischen Frankreich und Rußland über die derzeit schwebenden Fragen als rätlich erscheinen lasse. Ob es nun bei den Besprechungen des französischen Ministers mit den leitenden politischen Persönlichkeiten in Petersburg wirklich auf bestimmte Abmachungen für konkrete Fälle abgesehen ist, das mag noch dahingestellt bleiben; die Schwierigkeiten, eine genau festgelegte gemeinsame Aktion Frankreichs und Rußlands z. B. in Ostasien bei einer etwaigen Zuspitzung der chinesischen Krisis festzustellen, würden wohl keine geringen sein. Aber mindestens steht das eine fest, daß auf das Verhältnis beider Reiche zu einander durch die Petersburger Reise Delcassé's wiederum ein freundschaftliches Licht fällt, besonders nach den vorausgegangenen Besuchen des russischen Geschwaders unter Admiral Birilew in Loulon und Nizza, und daß also das Ereignis erneut die intimen gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Czarenreiche und der französischen Republik illustriert.

Dieses Bewußtsein macht nun allerdings den französischen Russenschwärmern Vergnügen, aber es giebt neben letzterer Kategorie doch auch nicht wenige Leute jenseits der Dogmen, die allmählich an dem praktischen Wert des Zweibundes für Frankreich zu zweifeln beginnen. In der That hat Frankreich von der russischen Allianz noch keinerlei greifbaren Vorteil gehabt, im Gegenteil, dieselbe ist bekanntlich von den Russen höchst einseitig nur für sich selbst ausgenutzt worden, indem sie eine Anleihe nach der anderen bei den Franzosen aufnahmen und hierbei die günstigsten Bedingungen für sich herausprelten. Dem französischen Freund und „Verbündeten“ dieses sein finanzielles Entgegenkommen irgendwie kräftig zu vergelten, das ist aber Rußland noch gar nicht eingefallen, ja, bei der Fashodaaffäre zwischen Frankreich und England wurde ersterer Staat von der russischen Politik trotz des vom Zaren Nikolaus II. selber feierlichst verkündigten franco-russischen Waffenbündnisses sogar schmählich in Stich gelassen, sodas Frankreich notgedrungen einen peinlichen Rückzug vor seinem englischen Gegner in der Fashodafrage antreten mußte, da es aus eigener Kraft keinen Krieg mit dem seegewaltigen Albion riskieren durfte. Seitdem hat die ursprüngliche begeisterte Wertschätzung des Bündnisses mit dem Czarenreiche bei einem großen Teil der französischen Nation erheblich abgenommen, und es erscheint höchst fraglich, ob das diplomatische Zusammengehen Frankreichs mit Rußland bei den Franzosen

je wieder wärmere Empfindungen hervorzurufen wird, da es nachgerade klar geworden ist, daß die russische Politik die französischen Freundschaftsdienste gern annehmen will, daß es ihr jedoch gar nicht in den Sinn kommt, zum Entgelt dafür Frankreich einmal die Kohlen irgendwo aus dem Feuer zu holen.

An solcher Sachlage wird vermutlich auch der Besuch des Herrn Delcassé in Petersburg kaum etwas besonderes ändern, wenngleich die Pariser Offizialen so thun, als ob von den Verhandlungen des Leiters der auswärtigen Politik Frankreichs mit dem russischen Minister des Auswärtigen Grafen Lombsdorff wichtige Entscheidungen speziell hinsichtlich der Balkanfragen und des chinesischen Problems zu erwarten seien. Ja, wenn das Czarenreich mit seiner auswärtigen Politik auf dem einen oder dem anderen Punkte in einer bedenklichen Klemme steckte, so hätte die Annahme, daß von dem gegenwärtigen Aufenthalte Delcassé's in der Newa-Residenz bestimmte wichtige politische Abmachungen zu erwarten seien, eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich. Aber die politische Stellung Rußlands ist allenthalben eine so gesicherte, daß man in Petersburg der französischen Unterstützung gewiß nicht bedarf, es erscheint darum der Aufenthalt des Herrn Delcassé in der russischen Hauptstadt nur im Lichte eines harmlosen äußerlichen Effektes.

### Zur Finanzlage des Reiches.

Die Uebersicht über die Einnahmen des Reiches in dem am 1. April abgeschlossenen Rechnungsjahr ergibt, daß bei den Zöllen und Steuern, aus denen Ueberweisungen an die Einzelstaaten erfolgen, die Einnahmen zusammen um rund 6 Millionen hinter dem Etatsanschlag zurück geblieben. Umsoviel weniger erhalten also die Einzelstaaten überwiegen. Bei diesen Einnahmen sind die Zölle um nahezu 9 Millionen zurück geblieben, während die Verbrauchsabgabe auf Branntwein 3 Millionen Mark mehr eingetragen hat. Der Rückgang der Zolleinnahmen fällt umso mehr ins Gewicht, als bekanntlich seit dem 1. Juli Zollerhöhungen eingeführt sind auf Schaumwein, Bier, Vitore und dergleichen.

Bei den Stempelsteuern haben bekanntlich erhebliche Erhöhungen ebenfalls vom 1. Juli ab stattgefunden. Der Mehrertrag derselben wurde damals für das ganze Jahr auf 46 Millionen veranschlagt, was für dreiviertel Jahr einen Betrag von 33 Millionen Mark hätte ergeben müssen. Tatsächlich haben die Mehreinnahmen bei diesen Stempelsteuern gegen den Etatsanschlag nur 7 einge halbe Millionen Mark betragen. Die Mehreinnahme entfällt mit 2 Millionen auf die Staatslotterien, mit ca. 4 Millionen auf die Stempelsteuer für Wertpapiere, wogegen die Stempelsteuer auf Kaufgeschäfte keine Mehreinnahmen, sondern noch eine Mindereinnahme von ca. 150,000 Mark ergeben hat. Die neue Schiffsabgabe, deren Jahresertrag auf 1 eine halbe Millionen Mark geschätzt wurde, hat für das halbe Jahr nur 610,000 Mk. ergeben. Da bei den Stempelsteuern die Mehreinnahmen gegen den Etat für dieses Jahr nicht den Einzelstaaten zu gute kommen, sondern zur Erhöhung der Betriebsfonds der Reichsverwaltung bestimmt sind, so bietet die oben erwähnte Mehreinnahme von 7 ein halb Millionen Mark keinen Ausgleich den Einzelstaaten für den Einnahmeausfall von 6 Millionen Mark.

Diejenigen Reichsteuern, deren Ertrag dem eigenen Haushalt des Reiches zu gute kommt, weisen gegen den Etat eine Mehreinnahme von 23 ein halb Millionen Mark auf, wovon allein über 21 ein halb Millionen Mark auf den Ertrag der Zuckersteuer entfallen. Es ist daher nicht ersichtlich, woraus der Reichshaushalt folgern will, weshalb nicht in den Reichshaushalt des Jahres 1902 ebenso wie bisher ein Ueberschuß eingestellt werden kann.

### Politische Tages-Rundschau.

**Deutsches Reich.**

- \* Bei der Durchfahrt durch Berlin hörte der Kaiser nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ am Dienstag morgen auf dem Anhalter Bahnhof den Vortrag des Reichskanzlers Grafen Bülow an.
- \* Zu der Anwesenheit des Kaisers in Bonn sind große Polizeiverstärkungen aus Düsseldorf, Elberfeld und Köln kommandiert worden; außerdem wird die Feuerwehr zum Ordnungsdienst in den Straßen herangezogen. Für die Festtragen sind die strengsten Absperrmaßregeln getroffen. Der ganze Fuhrwerks- und Pferdebahnverkehr ruht in den an der Universität vorbeifahrenden Straßen bis zum Abschluß der Immatrikulationsfeier. Ueber drei Stunden sind diese Straßen selbst für Fußgänger gesperrt. Die Straßengänge sind für Fußgänger gesperrt. Die Straßengänge sind für Fußgänger gesperrt. Die Straßengänge sind für Fußgänger gesperrt.
- \* Die Kommission für Arbeiterstatistik ist am 24. d. M. unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs im Ministerium für öffentliche Arbeiten Fleck im Reichsamt des Innern zusammengetreten.
- \* Wie französische Blätter melden, ist Graf Waldersee infolge der Aufregung beim Ausbruch des Brandes im Belinger Palast bettlägerig.
- \* Die „Köln. Volksztg.“, das führende Organ des Zentrums, bekundet zur Zeit wenig Bereitwilligkeit, die Bedenken wegen der Kanalvorlage fallen zu lassen. Am Schluß eines längeren Artikels schreibt sie: „Es läßt sich nicht leugnen, daß die finanziellen Bedenken gegen die Kanalvorlage besonders schwerwiegender Art sind. Wir stehen in Unternehmungen von unabsehbarer Tragweite, die wirtschaftlichen Verhältnisse sind ebenso unsicher, wie die politisch-internationalen — in solchen Zeiten erscheint es nicht rätlich, an die Verwirklichung eines so weit ausschauenden Planes heranzutreten, wie der Mittelkanal es ist.“
- \* Wie das Brüsseler „Petit-Veu“ erfährt, hat Dr. Leyds einen Protest an die deutsche Regierung abgesandt, gegen die Lieferung von Waffen und Kanonen durch deutsche Fabriken an England. Zwei frühere Proteste seien von der deutschen Regierung nicht einmal beantwortet worden.

**Italien.**

- \* Der italienische Deputierte Luigi Bugatti, der von 1871 bis 1898 der Hauptvertreter Italiens bei den Handelsvertragsverhandlungen mit den verschiedenen ausländischen Staaten war, hielt in